

Herrn Präsident  
Mag. Dr. Harald Mahrer  
Wirtschaftskammer Österreich  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien

Zu Punkt **7.19**  
der Tagesordnung des  
Wirtschaftsparlamentes vom  
27.6.2024

Wien, am 06.06.2024

## **Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 27.6.2024**

### **Wirtschaftsstandort ÖSTERREICH – nachhaltig moderner und attraktiver machen**

Unser Standort verliert seit Jahren an Attraktivität. Was uns früher für Investoren interessant gemacht hat, wurde durch die Bundesregierung massiv vernachlässigt. Gemäß ihrem Mantra ‚Alles für die Klima Wende‘ wurde der dringende Ausbau der Infrastruktur massiv zurückgefahren und nur der Ausbau der Schiene und des öffentlichen Nahverkehrs forciert. Das rächt sich nun, denn diese politische Fehleinschätzung hat zu einer regelrechten Unternehmerflucht aus Österreich geführt.

Wenn wir in Zukunft erfolgreich sein und dadurch sicherstellen wollen, dass die Menschen bei uns ein gutes Leben führen können, dann müssen wir alles tun, damit Österreich wieder ein attraktiver Standort wird. Dazu gehört auch die Schaffung der notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen.

### **Wirtschaft braucht eine funktionierende Infrastruktur**

Bauen statt Stauen! Verkehrswege sind die Adern der Wirtschaft. Kein Verkehrsträger darf dabei bevorzugt werden. Wir sind gegen das Ausspielen von Schiene gegen Straße, denn die Garantie der Warenlieferkette hat für die Menschen und die Wirtschaft oberste Priorität. Wir stehen auch für Technologieoffenheit, denn nur wenn wir alle Chancen nutzen können wir den Wirtschaftsstandort halten.

### **Flächendeckender Ausbau mit zukunftsfähigem Breitband ist ein Muss**

Dringend notwendig ist auch die Bereitstellung einer flächendeckend funktionierenden digitalen Infrastruktur, denn ohne diese, verschlafen wir die Zukunft unseres Landes. Der Ausbau der Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für Innovation und die Teilhabe an der Digitalisierung. Wir können es uns nicht leisten, auch auf der Datenautobahn im Stau zu stehen, sondern brauchen hochleistungsfähiges Internet für den Down- und Upload.

Die von privaten Anbietern geübte Ertüchtigung des Kupfernetzes ist dabei keine Lösung. Deshalb müssen wir den Breitbandausbau – insbesondere durch Glasfaser – rasch vorantreiben, um dadurch die Versorgung auch in den ländlichen Regionen sicherzustellen. Denn während in Ballungsgebieten die Versorgung durch private

Netzbetreiber teilweise gut funktioniert, sind die ländlichen Regionen nur unzureichend an ultraschnelles Internet angebunden.

Deshalb ist es notwendig, dass überall dort, wo der freie Markt keine Glasfaseranschlüsse bis zu den Haushalten und Betrieben bereitstellt, die öffentliche Hand die Errichtung der passiven Breitbandinfrastrukturen vorantreibt. Dieser Aufgabe und Verantwortung muss die öffentliche Hand nachkommen. Vor allem bei ‚fiber to the home‘, also beim Ausbau des Netzes bis direkt zur Wohnung oder den Betrieben haben wir noch gewaltigen Aufholbedarf.

### **Gewerberecht vereinfachen Standort stärken**

Aktive Standortpolitik ist Erleichterung von Genehmigungsverfahren, nicht nur im UVP-Bereich. Die Erweiterung der Genehmigungsfreistellungsverordnung für Einzelhandels- und Beherbergungsbetriebe, die gewisse Kapazitäten nicht überschreiten, ist wichtig, um klein- und mittelständische Unternehmer zu unterstützen. Weiters setzen wir uns für längere Prüfintervalle bei genehmigten Betriebsanlagen ein. Bereits verbessert wurde das One-Stop-Shop-Prinzip. Klare Zuständigkeiten sollen die Antragstellung vereinfachen.

### **Bildung modernisieren sowie Forschungsquote erhöhen**

Bildung, Innovationsfähigkeit, Neugier und Forscherdrang sind unerlässliche Voraussetzungen um im globalen Wettbewerb nicht nur zu bestehen, sondern eine Spitzenposition einzunehmen und die Entwicklungen der Zukunft aktiv mitzugestalten.

Ein wichtiger Baustein dieser Strategie ist die triale Ausbildung. Dabei wird die duale Ausbildung in den Berufsschulen und Betrieben um eine digitale Komponente erweitert. In den Schulen müssen neben den Grundfertigkeiten im Bereich des Spracherwerbs, der Mathematik, der Natur- und Geisteswissenschaften sowie Kunst, Sport und Musik, auch wirtschaftliche Kenntnisse verstärkt vermittelt werden. So wird sichergestellt, dass jeder Schulabgänger über das Basiswissen in BWL, VWL, Buchhaltung, Steuern und Recht verfügt. Qualifikation ist die Basis für Qualität.

Darum müssen wir auch die Forschungsquote erhöhen. Exzellenz in Forschung und Entwicklung noch stärker zu fördern ist ein Gebot vorausschauender Politik. Die Erhöhung der Forschungsprämie soll gerade den KMUs zugutekommen. Österreich soll zum Land der Gründer werden. Menschen jeden Alters müssen sich die notwendigen Kenntnisse im Rahmen von Fortbildungen und lebenslangem Lernen aneignen können. Wirtschaftsförderungsinstitute und Volkshochschulen spielen dabei eine wichtige Rolle. Ferner erforderlich ist eine Entrepreneurship-Kultur, die unternehmerische Erfolge begrüßt, statt in Neiddebatten zu verfallen.

Digitalisierung, Automatisierung und Robotisierung sollten nicht als Gefahr wahrgenommen werden, sondern als Chance, um Abläufe effizienter und kostenschonender zu gestalten. Beispiel ist der Einsatz vom Legal Tech im Rechtsbereich, die hilft, aufwändige Recherchen zu ersparen. Dazu gehört natürlich

auch die derzeit stattfindende Transformation in Richtung Künstliche Intelligenz (KI) mit Chat GPT usw.

### **Chance in der Region nutzen**

Innovation und Wertschöpfung in der Region sollen für uns forciert und mit attraktiven Kommunalinvestitionspaketen gefördert werden. Diese Investitionen bringen ein Vielfaches an „Return of Investment“. Das stärkt die Region, schafft Arbeitsplätze und sichert den Wohlstand.

### **Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden**

#### **ANTRAG**

Der Präsident sowie die Organe der WKÖ werden dringend aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes, wie oben erwähnt, einzusetzen. Nur so können wir den Exodus der Betriebe verhindern und die derzeit massiv voranschreitende Deindustrialisierung bekämpfen.



**Bgm. KommR Matthias Krenn**  
WKÖ-Vizepräsident



**Thomas Kainz**  
WP-Delegierter



**KommR Günter Burger**  
WKK-Vizepräsident, WP-Delegierter